

V0260/22

**Einordnung der Ausgaben der Stadt Ingolstadt im Bereich Förderung von Lehre und
Forschung an Universität und Hochschule**
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.03.2022-

Stadtrat vom 25.10.2022

Stadtrat Witty führt an Herr Prof. Dr. Rosenfeld gerichtet aus, dass er den Bericht für eine wichtige Grundlage halte, um einordnen zu können, welche Ausgaben die Stadt Ingolstadt tätige und welche dann der Hochschule und der KU Eichstätt / Ingolstadt zugutekämen. Er betont, dass die Errichtung von Stiftungslehrstühlen der Stadt Ingolstadt bis Ende 2025 noch knapp 4.000.000 € koste und eine Diskussion hierüber allerdings nicht seine heutige Intention sei. Stadtrat Witty regt an, bis 2024 einen Bericht vorgelegt zu bekommen, wie es mit den Stiftungslehrstühlen weitergehe, d. h. ob diese langfristig der Freistaat übernehme oder ob sich ein Unternehmen hierfür finde.

Stadtrat Dr. Kern teilt mit, dass 550 Jahre Universität Ingolstadt gefeiert würden und ein Jubiläumsprogramm vorhanden sei, welches dem Rahmen gerecht werde. Stadtrat Schickels Ausführungen aufgreifend bringt Stadtrat Dr. Kern an, dass Hochschulen, Wissenschaft und Bildung immer schon die Lebensbedingungen und Arbeitsmöglichkeiten verbessert und den Bürgern Wohlstand und Auskommen gegeben hätten, was die Gesellschaft auch weiterbringe. Diese Aufgabe sei nie erledigt, da immer neue Aufgaben und Anstellungen im Bereich Bildung vorgesehen seien. In der bayerischen Kabinettsitzung sei Ingolstadt gelobt worden. Ingolstadt sei die erste Adresse für Mobilitätsforschung und Anwendung als internationaler innovationsmotor im Bereich der Künstlichen Intelligenz. In diesem Zusammenhang möchte er dem Stadtrat Dr. Lösel und dem Wissenschaftsreferenten Prof. Dr. Rosenfeld und allen Stadträten und Stadträtinnen danken, dass diese Entwicklung mitgetragen wurde. Er führt auf, dass die Stadt Ingolstadt, am Gesamtvolumen gemessen, schnelle und individuelle Anschubfinanzierungen leisten könne. Dies sei für die Stadt Ingolstadt als eine lebendige Stadt der Wissenschaft, der Hochschulen und der guten Arbeitsplätze von Nutzen.

Stadtrat Lipp betont, dass er Herr Prof. Dr. Rosenfeld für die ausführliche Vorlage und dem Stadtrat Dr. Lösel für den Einsatz für das brigk danke. Die bayerische Staatsregierung habe bekannt gegeben, dass Ingolstadt der Knotenpunkt für künstliche Intelligenz werden solle. Er hoffe, dass dies weiterhin verfolgt werde und auch Unternehmen, nicht nur aus dem Automobilbereich, sondern allgemein die Wirtschaftsstruktur für künftige Szenarien diversifiziert werde.

Stadtrat Dr. Lösel antwortet an Herrn Witty gerichtet, dass die Stadt Ingolstadt mit den drei Stiftungsprofessuren, welche über die AININ GmbH organisiert seien und vom Klinikum, bzw. der Stadt Ingolstadt an die Technische Hochschule gegangen seien, und mit den drei anderen Professuren, die an die katholische Universität gegangen seien, folgendes Ergebnis erzielt habe:

An der technischen Hochschule sei inzwischen ein Institut mit 28 Professuren entstanden, wovon 26 (77,5 Planstellen) im Bereich der künstlichen Intelligenz, des autonomen Fahrens, des unbemannten Fliegens, der digitalen Produktion, des Sprach- und Textverstehens und weiteren Themen besetzt seien. In den letzten zwei Jahren seien 9.000.000 € an Forschungsgeldern überregional nach Ingolstadt geflossen, was sozusagen als Anschubfinanzierung zu verstehen sei. Am 01.04.2023 werde der Anbau des Digitalen Gründerzentrums fertiggestellt. Dann würden 77 Institutszugehörige das Gebäude beziehen. Bis 2025 sollten es sogar 120 werden. Die katholische Universität habe mit den

Stiftungsprofessuren ein Institut für die Grundlagenforschung in der künstlichen Intelligenz von in Summe sieben Professuren aufgebaut, wozu noch die wissenschaftlichen Mitarbeiter kämen. Es sei ein Netzwerk geschaffen worden mit ungefähr 50 oder 60 überregionalen Unternehmen, Behörden, Organisationen und Vertretern, welche dringend benötigt würden, um den Wirtschaftswandel mitzumachen. Dies geschehe in Ingolstadt, da die momentane Mobilitätsindustrie einen Wandel benötige. Nicht nur die Elektrifizierung stehe im Vordergrund, sondern es gehe auch darum, ob man Technologieführer bleiben könne, da die Produktionszahlen in Ingolstadt und auch überregional drastisch zurückgegangen seien. Stadtrat Wittmanns Worte aufgreifend führt Stadtrat Dr. Lösel auf, dass große chinesische Automobilunternehmen in Deutschland große Filialen und Showrooms eröffneten, in denen die Fahrzeuge in Deutschland vermarktet werden würden. Dies erhöhe den Wettbewerb und die Probleme. Zum Beispiel habe die Sixt AG 100.000 chinesische Elektroautos erworben. Damals sei der Audi AG, den Hochschulen, den Start-ups im Existenzgründerzentrum Ingolstadt, heutzutage im digitalen Gründerzentrum brigk / brigkAIR und in Manching gesagt worden, man brauche eine Lösung am Standort Ingolstadt, um diesen Standort im Hochtechnologiebereich auch fest zu positionieren. Denn nur über die Hochtechnologie könne man die entsprechend hochqualifizierten Arbeitsplätze auch sichern und das überproportionale Wachstum ermöglichen bzw. dort, wo es wegbricht, ersetzen. Diesen Wandel solle es schon gegeben haben, als Ingolstadt ein Militär- bzw. Petrochemie-Standort gewesen und dann Mobilitäts-, also Automobil-Standort geworden sei. Er führt auf, dass die Professuren übernommen werden sollen. Heute seien es bereits 28; 11 davon mit der Hightech Agenda des Freistaats Bayern. Ebenfalls wolle er an den Gesundheitscampus erinnern, welcher die Unterstützung von Seiten der Stadt Ingolstadt und des Freistaats Bayern in finanzieller und organisatorischer Hinsicht benötige.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld stellt fest, dass die Investition mit dem Anschub erstaunlich schnell Früchte getragen habe. Bezüglich der Anfrage von Stadtrat Witty möchte er mitteilen, dass Stiftungsprofessuren immer auf Zeit angelegt würden und insofern sei es richtig, darauf zu achten, dass eine Verstetigung organisiert werde. An der KU sei bereits eine Professur verstetigt. Er sei zuversichtlich, dass diese Prognose in den nächsten Jahren weiter steigend sei. Er regt an, dass in zwei Jahren ein Zwischenbericht geliefert werde, wie der aktuelle Stand sei.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.